

Fritz Breuss, Serguei Kaniovski, Margit Schratzenstaller

Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen

Auch Österreich hat wie die meisten Industrie- und viele Schwellenländer zur Bewältigung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Dämpfung des Konjunkturreinbruchs gesetzt. Diese weisen mit 4,2% des BIP von 2008 im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung im internationalen Vergleich ein beträchtliches Volumen auf. Ohne die Konjunkturpakete und jene der 10 wichtigsten Handelspartner wäre die Wirtschaftsleistung in Österreich 2010 um 2,1% geringer. Im Jahr 2010 wird kumuliert 41.500 Personen die Beschäftigung gesichert. Der Anstieg der Arbeitslosenquote wird im Jahr 2010 um 0,7 Prozentpunkte gedämpft. Mit knapp 30% liegt allerdings der Anteil der Zukunftsinvestitionen unter dem Durchschnitt von 11 ausgewählten OECD-Ländern. Dabei dominieren die eher einer traditionellen Konjunkturpolitik zuzurechnenden Infrastrukturinvestitionen, die in Österreich gut drei Viertel der Zukunftsinvestitionen ausmachen.

Der Beitrag fasst die Hauptergebnisse der folgenden Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend zusammen: Fritz Breuss, Serguei Kaniovski, Margit Schratzenstaller, Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Konjunkturpakete I und II und der Steuerreform 2009 (August 2009, 40 Seiten, 40 €, kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36361&typeid=8&display_mode=2) • Begutachtung: Karl Aiginger • Statistische Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: Fritz.Breuss@wifo.ac.at, Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at, Margit.Schatzenstaller@wifo.ac.at

Auch Österreich ist von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise betroffen, wenngleich etwas weniger stark als der Durchschnitt der Länder im Euro-Raum. Anders als in der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren hat die Wirtschaftspolitik richtig reagiert: Statt die Krise durch eine restriktive Fiskalpolitik und protektionistische Maßnahmen weiter zu verschärfen, setzten die meisten Länder Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte und verfolgen zur Abmilderung der Rezession eine expansive Fiskalpolitik. Auch die österreichische Bundesregierung hat sehr rasch – beginnend im November 2008 – neben Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors umfangreiche Pakete zur Abfederung des Konjunkturreinbruchs vereinbart, deren Maßnahmen nun schrittweise umgesetzt werden.

Das Vorziehen der Steuerreform auf das Jahr 2009 ist Bestandteil der Stabilisierungsmaßnahmen der österreichischen Bundesregierung, die darüber hinaus zwei Konjunkturpakete sowie das "Bankenpaket" umfassen. Hinzu kommen eigene Konjunkturpakete der Bundesländer, die im Wesentlichen zusätzliche Infrastrukturinvestitionen vorsehen. Mit Hilfe seines Makromodells führte das WIFO eine Ex-ante-Evaluierung der makroökonomischen Effekte der geplanten bzw. teilweise schon umgesetzten Stabilisierungsmaßnahmen (ohne Bankenpaket) auf der Ebene des Bundes sowie der Bundesländer durch (Breuss – Kaniovski – Schratzenstaller, 2009). Darüber hinaus wurden mit dem Oxford-Modell die makroökonomischen Wirkungen der Konjunkturpakete der 10 wichtigsten Handelspartner für die österreichische Wirtschaft ("Spill-overs") geschätzt, um die makroökonomischen Gesamteffekte der nationalen und internationalen Konjunkturbelebungsmaßnahmen auf die heimische Wirtschaft zu quantifizieren. Die Berechnungen gehen von der Annahme aus, dass sowohl im Inland als auch im Ausland sämtliche Mittel wie geplant ausgegeben werden.

Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner

Ende März 2009 veröffentlichte die OECD (2009A) mit der Zwischenausgabe ihres Economic Outlook einen Überblick über Volumen und Terminplan der in den 30 OECD-Ländern mit Stichtag 24. März 2009 implementierten oder geplanten Konjunkturpakete. Das Volumen wird als über die Jahre 2008 bis 2010 kumulierter Nettoeffekt auf den Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in Prozent des BIP des Jahres 2008 dargestellt, und zwar insgesamt sowie differenziert nach ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen und in der Abgrenzung der VGR. Die wesentlichsten Ergebnisse dieses Länderüberblicks sind:

- Konjunkturpakete wurden in beinahe allen OECD-Ländern geschnürt. Sie tragen – wenn auch meist in geringerem Umfang als die automatischen Stabilisatoren oder nicht krisenbedingte diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen – zum Anstieg der öffentlichen Verschuldung bei. Ihr Volumen ist im internationalen Vergleich sehr unterschiedlich. Im ungewichteten Durchschnitt entsprechen die Konjunkturpakete in den OECD-Ländern (d. h. jene Maßnahmenpakete, die Wachstumsimpulse setzen) kumuliert über den Dreijahreszeitraum 2008/2010 etwa 2,7% des BIP. Davon entfallen 1,6% des BIP auf Steuersenkungen und 1,1% des BIP auf Ausgabenerhöhungen. Das relativ größte Paket aller OECD-Länder (5,6% des BIP) setzen die USA um, das kleinste Paket die Schweiz (0,5% des BIP). In fünf Ländern (USA, Australien, Kanada, Korea und Neuseeland) überschreiten die Konjunkturpakete ein Volumen von 4% des BIP des Jahres 2008. Vier Länder (Italien, Irland, Island und Ungarn) verfolgen hingegen im Untersuchungszeitraum eine konjunkturpolitisch neutrale oder restriktive Fiskalpolitik.
- Eine Schätzung anhand der krisenbedingt niedrigen fiskalischen Multiplikatoren ergibt einen Wachstumsbeitrag der diskretionären Maßnahmen in den OECD-Ländern von etwa 0,5% des BIP. Das vergleichsweise große Konjunkturpaket der USA dürfte das BIP um mehr als 1% (2009: 1,3%, 2010: 1,5%) erhöhen. Diese Schätzung der Multiplikatorwirkungen berücksichtigt allerdings keine grenzüberschreitenden Spillovers.
- Je wirksamer die automatischen Stabilisatoren, desto kleiner sind in der Regel die nationalen Konjunkturpakete. Im Durchschnitt sind die Effekte der automatischen Stabilisatoren dreimal so groß wie jene der diskretionären Maßnahmen.
- Der Schwerpunkt der meisten Maßnahmenpakete der OECD-Länder ohne G 7 liegt auf Steuersenkungen; innerhalb der Gruppe der G 7 überwiegen Steuersenkungen weniger deutlich. Dabei haben Einkommensteuersenkungen Priorität, vor der Senkung von Unternehmenssteuern. Zusätzliche oder vorgezogene öffentliche Investitionsprogramme setzen fast alle OECD-Länder um. Vielfach werden auch Transfers an private Haushalte erhöht – oft für Personen mit niedrigem Einkommen. Einige Länder haben zudem die Subventionen für Unternehmen angehoben.
- Zumeist liegt der Schwerpunkt der Konjunkturpakete auf dem Jahr 2009.

Übersicht 1 gibt einen Überblick über Volumen und zeitliche Verteilung der Wirkungen der Konjunkturpakete der zehn wichtigsten Handelspartner Österreichs (OECD, 2009A, S. 111). Das Spektrum der insgesamt für 2008 bis 2010 geplanten Maßnahmen reicht von einer starken Fiskalexpansion (5,6% des nominellen BIP des Jahres 2008) in den USA bis zu einem Sparpaket von –4,4% in Ungarn. Deutschland als wichtigster Handelspartner Österreichs hat ein Konjunkturpaket im Ausmaß von 3,0% des nominellen BIP beschlossen. In den meisten Ländern treten die Maßnahmen 2009 in Kraft, wobei der größte Teil der Impulse auch 2009 anfällt. Im ungewichteten Durchschnitt der 11 hier untersuchten Länder betragen die Konjunkturpakete für die Jahre 2008 bis 2010 1,4% des BIP von 2008; beschränkt man den Vergleich auf jene Länder, in denen eine expansive Fiskalpolitik einen positiven Impuls gibt, so beträgt das Budgetvolumen 2,2% des BIP von 2008. Die ausgabenerhöhenden Maßnahmen erreichen 0,3% bzw. 0,9% des BIP, die einnahmensenkenden Maßnahmen 1,1% bzw. 1,3% des BIP.

Das von der OECD analysierte österreichische Paket liegt mit einem Volumen von insgesamt 1,1% des BIP (Ausgabenerhöhungen 0,3%, Steuersenkungen 0,8%) sowohl unter dem OECD-Durchschnitt als auch unter dem Durchschnitt der 11 in Übersicht 1

dargestellten Länder. Dies dürfte vor allem durch die folgenden Faktoren zu erklären sein:

- Die Zusammenstellung der OECD enthält keine außerbudgetären Maßnahmen, die jedoch in Österreich weit überdurchschnittliche Bedeutung haben. Die Investitionen der Asfinag, BIG und ÖBB gehören zu dieser Kategorie.
- Auch wenn die OECD grundsätzlich bemüht war, die Aktivitäten des Gesamtstaates zu erfassen, bezieht sie in Österreich die Konjunkturpakete der Bundesländer nicht mit ein.
- Von den budgetären Kosten der Steuerreform 2009 wird nur der Steuerausfall im Jahr 2009 berücksichtigt, d. h. jener Steuerausfall, der durch das krisenbedingte Vorziehen der Steuerreform auf 2009 entstanden ist; die OECD argumentiert, dass die Steuersenkung 2010 unabhängig von der Krise ohnehin durchgeführt worden wäre.
- Schließlich enthält die Zusammenstellung der OECD die Maßnahmen zur Senkung der Finanzierungskosten der Unternehmen nur teilweise¹⁾.

Übersicht 1: Volumen und zeitliche Verteilung der Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner

| | Nettoeffekt auf den Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte | | | Verteilung 2008/2010 | | |
|----------------------|---|---------|-----------|-----------------------------|------|------|
| | Ausgaben | Steuern | Insgesamt | 2008 | 2009 | 2010 |
| | 2008/2010 | | | | | |
| | In % des BIP von 2008 | | | Anteile am Nettoeffekt in % | | |
| Deutschland | - 1,4 | - 1,6 | - 3,0 | 0 | 46 | 54 |
| Italien | - 0,3 | 0,3 | 0,0 | 0 | 15 | 85 |
| USA | - 2,4 | - 3,2 | - 5,6 | 21 | 37 | 42 |
| Schweiz | - 0,3 | - 0,2 | - 0,5 | 0 | 68 | 32 |
| Frankreich | - 0,4 | - 0,2 | - 0,6 | 0 | 75 | 25 |
| Tschechien | - 0,5 | - 2,5 | - 3,0 | 0 | 66 | 34 |
| Großbritannien | 0,0 | - 1,5 | - 1,4 | 15 | 93 | 8 |
| Ungarn | 4,4 | 0,0 | 4,4 | 0 | 58 | 42 |
| Spanien | - 1,9 | - 1,6 | - 3,5 | 31 | 46 | 23 |
| Polen | - 0,6 | - 0,4 | - 1,0 | 0 | 77 | 23 |
| Österreich | - 0,3 | - 0,8 | - 1,1 | 0 | 84 | 16 |
| OECD 11 | | | | | | |
| Ungewichtet | - 0,3 | - 1,1 | - 1,4 | 6 | 61 | 33 |
| Nur positiver Impuls | | | | | | |
| Ungewichtet | - 0,9 | - 1,3 | - 2,2 | 7 | 66 | 29 |
| G 7 | - 1,6 | - 2,0 | - 3,6 | 17 | 43 | 40 |
| OECD insgesamt | | | | | | |
| Ungewichtet | - 0,7 | - 1,2 | - 2,0 | 10 | 53 | 37 |
| Gewichtet | - 1,5 | - 1,9 | - 3,4 | 17 | 45 | 39 |
| Nur positiver Impuls | | | | | | |
| Ungewichtet | - 1,1 | - 1,6 | - 2,7 | 9 | 53 | 38 |
| Gewichtet | - 1,7 | - 2,0 | - 3,7 | 17 | 45 | 39 |

Q: OECD, WIFO.

¹⁾ Wie schwierig ein internationaler Vergleich ist und wie sehr die Schätzungen von der Abgrenzung der Maßnahmen abhängen, zeigt eine Gegenüberstellung der OECD-Ergebnisse mit jenen in Saha – von Weizsäcker (2009), die für Österreich allein im Jahr 2009 einen Effekt von 1,3% des BIP ermitteln. Auch die Schätzungen des IWF zu den fiskalischen Kosten diskretionärer Maßnahmen der G 20 (IMF, 2009) weichen großteils beträchtlich von jenen der OECD ab. Der tatsächlichen Größenordnung der österreichischen Stabilisierungsmaßnahmen am nächsten kommt eine im Juni 2009 veröffentlichte Übersicht der Europäischen Kommission (European Commission, 2009): Demnach ist das Volumen der österreichischen Konjunkturmaßnahmen mit jeweils 1,8% des BIP in den Jahren 2009 und 2010 das jeweils zweitgrößte in der gesamten EU (2009 realisiert nur Spanien mit 2,3% des BIP ein größeres Konjunkturpaket, 2010 Deutschland mit 1,9% des BIP).

Stabilisierungsmaßnahmen in Österreich

Stabilisierungsmaßnahmen des Bundes

Im Gleichklang mit den internationalen Bemühungen zur Stützung der Nachfrage greift Österreich ebenfalls zu einem fiskalpolitischen Mix aus Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen. Die Maßnahmen umfassen die Konjunkturpakete I und II sowie die von 2010 auf 2009 vorgezogene Steuerreform und können vereinfacht vier Kategorien zugeordnet werden (Gesamtvolumen 2009/10 in Mio. €):

- Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen (1.435 Mio. €),
- Senkung der Finanzierungskosten der Unternehmen (2.080 Mio. €),
- Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (5.953 Mio. €),
- Erhöhung des öffentlichen Konsums und der Subventionen (370 Mio. €).

Übersicht 2 gibt einen Überblick über das Volumen und die zeitliche Abgrenzung dieser Pakete²⁾. Zusammen machen die beiden Konjunkturpakete und die Steuerreform 3,5% des nominellen BIP 2008 aus, einschließlich der Maßnahmen der Bundesländer 4,2% des BIP. Damit zählt Österreich zu jenen Ländern, die relativ zur Wirtschaftsleistung einen umfangreichen Konjunkturimpuls setzen.

Übersicht 2: Steuerreform und Maßnahmen der Konjunkturpakete I und II

| | 2009 | 2010 | |
|---|----------------|----------------|--------------------|
| | Mio. € | | |
| <i>Bund (Regierungsprogramm)</i> | <i>4.702,5</i> | <i>5.135,0</i> | |
| Infrastrukturinvestitionen | 690 | 745 | |
| ÖBB | 175 | 175 | Konjunkturpaket I |
| Asfinag | 50 | 50 | Konjunkturpaket I |
| BIG | 355 | 520 | Konjunkturpaket II |
| Breitbanddienste | 10 | 0 | Konjunkturpaket I |
| Thermische Sanierung | 100 | 0 | Konjunkturpaket II |
| Senkung der Finanzierungskosten der Unternehmen | 840 | 1.240 | |
| Vorzeitige Abschreibung | 0 | 250 | Konjunkturpaket II |
| Gewinnfreibetrag | 0 | 150 | Steuerreform |
| Drittittelkredite EIB ¹⁾ | 200 | 200 | Konjunkturpaket I |
| Zinsgünstige ERP-Kredite | 200 | 200 | Konjunkturpaket I |
| Erhöhung Haftungsrahmen awS | 400 | 400 | Konjunkturpaket I |
| Stille Beteiligungen awS | 40 | 40 | Konjunkturpaket I |
| Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte | 2.987,5 | 2.965 | |
| Einkommensteuerentlastung | 2.300 | 2.300 | Steuerreform |
| Familienpaket | 510 | 510 | Steuerreform |
| Spendenabsetzbarkeit | 100 | 100 | Steuerreform |
| Bausparförderung | 20 | 20 | Konjunkturpaket I |
| Regionales Beschäftigungspaket | 35 | 35 | Konjunkturpaket II |
| Verschrottungsprämie | 22,5 | 0 | |
| Staatskonsum | 120 | 120 | |
| Kostenloses letztes Kindergartenjahr | 70 | 70 | Konjunkturpaket II |
| Forschung und Entwicklung | 50 | 50 | Konjunkturpaket II |
| Subventionen | 65 | 65 | |
| Regionales Beschäftigungspaket | 40 | 40 | Konjunkturpaket II |
| Internationalisierungsoffensive | 25 | 25 | Konjunkturpaket I |
| <i>Länder</i> | <i>1.073,2</i> | <i>1.007,7</i> | |
| Infrastrukturinvestitionen | 876,8 | 876,8 | |
| Anhebung von Transfers | 196,3 | 130,9 | |
| <i>Gesamtvolumen</i> | <i>5.775,7</i> | <i>6.142,7</i> | |

Q: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, IHS, WIFO. – ¹⁾ Kleine und mittlere Unternehmen, Forschung und Entwicklung.

Die Investitionsoffensive des Bundes sieht eine Ausweitung der Infrastruktur- und Bauinvestitionen um 1,4 Mrd. € über den Zeitraum 2009/10 vor. Davon sollen 1.015 Mio. €

²⁾ Für die steuerlichen Maßnahmen zur Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wird in Übersicht 2 das jeweilige Volumen nach vollständiger Umsetzung ab dem Jahr der Einführung angegeben, da es nicht auf die Budgeteffekte ankommt (die aus erhebungstechnischen Gründen teilweise verzögert eintreten), sondern auf die ökonomischen Wirkungen. Daher weichen die Angaben teilweise von jenen in Schratzenstaller (2009) ab.

budgetwirksam werden: Asfinag und ÖBB ziehen 450 Mio. € an Investitionen für die Verkehrswege vor; anders als die Investitionen der ÖBB werden die Investitionen der Asfinag aus den laufenden Einnahmen finanziert, sodass sie das Bundesbudget nicht belasten, während ein geringer Anteil der vorgezogenen ÖBB-Investitionen budgetwirksam wird. Weiters sind Investitionen in die thermische Sanierung von BIG-Gebäuden sowie Neubau und Sanierung von Schulen, Universitäten und Justizbauten geplant.

Das Regierungsprogramm setzt Anreize für eine Steigerung der privaten Bauinvestitionen. Durch Ausgaben von 50 Mio. € für Projekte zur thermischen Sanierung von Betriebsgebäuden sowie 50 Mio. € für private Haushalte sollen 2009/10 zusätzlich 300 Mio. € an Investitionen im privaten Wohnbau entstehen. 2009 sind für Investitionen im Bereich der Breitbandtechnologie 10 Mio. € vorgesehen.

Die Maßnahmen zur Senkung der Finanzierungskosten und zur Stärkung der Liquiditätsversorgung von Unternehmen in Österreich können in drei Gruppen zusammengefasst werden: Stärkung der Eigenkapitalbasis durch stille Beteiligungen, zinsgünstige Kredite sowie vorzeitige Abschreibung.

Auch Maßnahmen zur Stützung der Kaufkraft der privaten Haushalte werden gesetzt. Die Steuerreform wurde in das Jahr 2009 vorgezogen. Die Tarifsenkung entlastet nach der vollständigen Umsetzung die privaten Haushalte um 2,3 Mrd. € pro Jahr. Zusätzliche Steuerentlastungen für Familien werden die Kaufkraft insgesamt um 510 Mio. € pro Jahr steigern. Weitere einkommensentlastende bzw. konsumstärkende Maßnahmen (Spendenabsetzbarkeit, Bausparförderung, Teile des Beschäftigungspaketes und die Verschrottungsprämie) gehören ebenfalls zu dieser Kategorie.

Schließlich tätigt der Bund als Staatskonsum bzw. Subventionen verbuchte zusätzliche Ausgaben von insgesamt 370 Mio. €. Darunter fallen die Mitfinanzierung des verpflichtenden und kostenlosen letzten Kindergartenjahres und eine Aufstockung der Forschungsausgaben um 70 Mio. € bzw. 50 Mio. € in den Jahren 2009 und 2010 sowie pro Jahr insgesamt 65 Mio. € für das regionale Beschäftigungspaket und die Internationalisierungsoffensive.

Die Bundesländer planen eine Reihe von konjunkturstabilisierenden Maßnahmen, welche in den Simulationen mit dem WIFO-Makromodell nur vereinfacht entweder als Investitionen oder als kaufkraftstärkende Maßnahmen erfasst werden. Die Maßnahmen der Bundesländer sind dominiert von Investitionen bzw. Bauprogrammen; mit großem Abstand folgen Ausgaben für Wirtschaftsförderung und Transferzahlungen an die privaten Haushalte zur Kaufkraftstärkung. Die Bundesländer tätigen in den Jahren 2009 und 2010 zusätzliche Infrastrukturinvestitionen von jeweils knapp 880 Mio. €; darüber hinaus erhöhen sie die Transferzahlungen im Jahr 2009 um knapp 200 Mio. € und im Jahr 2010 um 130 Mio. €. Insgesamt umfassen die Bundesländerpakete 2009 1.073 Mio. € und 2010 1.008 Mio. € bzw. kumuliert 2.081 Mio. €.

Für die Simulation der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der genannten expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen werden in der Folge zwei makroökonomische Modelle herangezogen: Die Effekte von Maßnahmen der wichtigsten Handelspartner Österreichs auf die heimische Wirtschaft werden mit dem Oxford World Macroeconomic Model geschätzt (OEF, 2005), die Wirkungen der in Österreich von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2004). Die Simulationsergebnisse sind in Übersicht 3 zusammengefasst.

Die Investitionsoffensive des Bundes bewirkt eine Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen um kumuliert 1,8% gegenüber der Basislösung, d. h. einer Situation ohne die öffentlichen Maßnahmen. Am kräftigsten steigen erwartungsgemäß die Bauinvestitionen. Die Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen entsteht durch den Akzelerator-effekt in der Nachfrage nach Anlagegütern.

Die Investitionssteigerung wirkt unmittelbar auf das reale BIP. Die Erhöhung der Inlandsnachfrage zieht zusätzliche Importe im Ausmaß von 0,3% des BIP nach sich. Im Vergleich mit der Basislösung expandiert das BIP bis 2010 aus diesem Effekt um ku-

Maßnahmen der Bundesländer

Simulation der gesamtwirtschaftlichen Effekte

Investitionsoffensive

muliert 0,3%. Der positive Nachfrageschock löst eine Ausweitung der Beschäftigung um kumuliert 7.200 Personen aus, die Arbeitslosenquote sinkt um 0,1 Prozentpunkt. Die Produktivität und der reale Pro-Kopf-Lohn erhöhen sich nur mäßig, sodass die Steigerung der Lohnsumme überwiegend auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze zurückzuführen ist. Die Inflationsbeschleunigung bleibt vernachlässigbar gering.

Übersicht 3: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Konjunkturbelebungsmaßnahmen

| | Insgesamt | | Konjunkturpakete I und II, Steuerreform ¹⁾ | | | | Maßnahmen von Bund und Ländern ¹⁾ | | Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner | | Insgesamt | | | |
|--|--|--------|---|-------|-------|--------|--|-------|---|--------|-----------|--------|--------|--------|
| | 2009 | 2010 | 2009 | 2010 | 2009 | 2010 | 2009 | 2010 | 2009 | 2010 | 2009 | 2010 | | |
| | Kumulierte Abweichung von der Basislösung in % | | | | | | | | | | | | | |
| <i>Entwicklung der Nachfrage, real</i> | | | | | | | | | | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | + 0,9 | + 1,0 | + 0,4 | + 0,3 | + 0,4 | + 0,6 | + 0,0 | + 0,1 | + 1,2 | + 1,4 | + 0,7 | + 0,8 | + 1,9 | + 2,1 |
| Konsumausgaben | + 0,8 | + 1,1 | + 0,1 | + 0,1 | + 0,7 | + 0,9 | + 0,0 | + 0,1 | + 0,9 | + 1,2 | + 0,1 | + 0,1 | + 1,0 | + 1,2 |
| Private Haushalte | + 1,0 | + 1,4 | + 0,1 | + 0,2 | + 0,8 | + 1,1 | + 0,0 | + 0,1 | + 1,0 | + 1,5 | + 0,2 | + 0,1 | + 1,2 | + 1,6 |
| Staat | + 0,5 | + 0,3 | + 0,1 | + 0,0 | + 0,3 | + 0,3 | + 0,0 | + 0,0 | + 0,5 | + 0,4 | ± 0,0 | ± 0,0 | + 0,4 | - 0,0 |
| Bruttoanlageinvestitionen | + 3,1 | + 3,1 | + 2,0 | + 1,8 | + 0,7 | + 1,0 | + 0,4 | + 0,3 | + 5,1 | + 5,1 | + 0,7 | + 0,7 | + 5,7 | + 5,7 |
| Ausrüstungen ²⁾ | + 2,4 | + 2,4 | + 0,8 | + 0,7 | + 1,0 | + 1,3 | + 0,5 | + 0,4 | + 3,1 | + 3,1 | + 1,1 | + 1,1 | + 4,1 | + 4,0 |
| Bauten | + 3,8 | + 3,7 | + 3,0 | + 2,6 | + 0,5 | + 0,8 | + 0,3 | + 0,3 | + 6,7 | + 6,6 | + 0,4 | + 0,5 | + 7,0 | + 7,0 |
| Exporte | ± 0,0 | + 0,1 | ± 0,0 | + 0,0 | ± 0,0 | + 0,0 | ± 0,0 | + 0,0 | ± 0,0 | + 0,1 | + 1,7 | + 1,8 | + 1,7 | + 1,9 |
| Importe | + 0,8 | + 1,0 | + 0,3 | + 0,3 | + 0,4 | + 0,6 | + 0,1 | + 0,1 | + 1,1 | + 1,2 | + 1,0 | + 0,9 | + 2,0 | + 2,1 |
| Bruttoinlandsprodukt, nominell | + 0,8 | + 1,1 | + 0,3 | + 0,4 | + 0,4 | + 0,6 | + 0,0 | + 0,1 | + 1,1 | + 1,5 | + 0,8 | + 1,2 | + 1,9 | + 2,6 |
| Verbraucherpreise | - 0,1 | + 0,1 | - 0,0 | + 0,0 | + 0,0 | + 0,1 | - 0,0 | + 0,0 | - 0,1 | + 0,1 | + 0,2 | + 0,7 | + 0,1 | + 0,8 |
| <i>Arbeitsmarkt und Einkommen</i> | | | | | | | | | | | | | | |
| Unselbständig aktiv Beschäftigte ³⁾ | + 0,3 | + 0,6 | + 0,1 | + 0,2 | + 0,2 | + 0,3 | + 0,0 | + 0,0 | + 0,4 | + 0,8 | + 0,3 | + 0,5 | + 0,7 | + 1,3 |
| In 1.000 Personen | + 10,7 | + 19,7 | + 4,7 | + 7,2 | + 5,4 | + 10,9 | + 0,6 | + 1,5 | + 14,7 | + 26,6 | + 9,1 | + 16,4 | + 23,5 | + 41,5 |
| Arbeitskräfteangebot | + 0,1 | + 0,2 | + 0,0 | + 0,1 | + 0,1 | + 0,1 | + 0,0 | + 0,0 | + 0,2 | + 0,3 | + 0,1 | + 0,2 | + 0,2 | + 0,4 |
| Arbeitslosenquote in % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾ | - 0,2 | - 0,3 | - 0,1 | - 0,1 | - 0,1 | - 0,2 | - 0,0 | - 0,0 | - 0,3 | - 0,5 | - 0,2 | - 0,3 | - 0,4 | - 0,7 |
| Reallohn der unselbständig Beschäftigten, pro Kopf | + 0,2 | + 0,3 | + 0,1 | + 0,1 | + 0,1 | + 0,2 | + 0,0 | + 0,0 | + 0,3 | + 0,4 | + 0,0 | - 0,0 | + 0,3 | + 0,4 |
| Lohnstückkosten im privaten Sektor | - 0,4 | + 0,0 | - 0,2 | + 0,1 | - 0,2 | + 0,0 | - 0,0 | - 0,0 | - 0,5 | + 0,1 | - 0,2 | + 0,4 | - 0,8 | + 0,5 |
| Durchschnittliche Arbeitsproduktivität im privaten Sektor | + 0,5 | + 0,4 | + 0,2 | + 0,1 | + 0,3 | + 0,2 | + 0,0 | + 0,0 | + 0,7 | + 0,5 | + 0,5 | + 0,3 | + 1,2 | + 0,7 |
| Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, real | + 1,9 | + 2,1 | + 0,3 | + 0,2 | + 1,6 | + 1,6 | + 0,0 | + 0,2 | + 2,1 | + 2,2 | + 0,4 | + 0,1 | + 2,4 | + 2,3 |
| <i>Staat</i> | | | | | | | | | | | | | | |
| Staatseinnahmen | - 1,5 | - 1,3 | + 0,2 | + 0,3 | - 1,8 | - 1,4 | + 0,0 | - 0,2 | - 1,2 | - 0,9 | + 0,5 | + 1,1 | - 0,7 | + 0,2 |
| Staatsausgaben | + 0,5 | + 0,6 | + 0,3 | + 0,4 | + 0,1 | + 0,2 | - 0,0 | - 0,0 | + 1,2 | + 1,3 | + 0,0 | + 0,1 | + 1,2 | + 1,4 |
| Finanzierungssaldo in % des nominellen BIP | Prozentpunkte - 0,9 | - 0,9 | - 0,1 | - 0,0 | - 0,9 | - 0,8 | + 0,0 | - 0,1 | - 1,2 | - 1,0 | + 0,3 | + 0,5 | - 0,9 | - 0,5 |
| Sparquote | Prozentpunkte + 0,8 | + 0,6 | + 0,1 | + 0,0 | + 0,7 | + 0,4 | + 0,0 | + 0,1 | + 0,9 | + 0,6 | + 0,2 | - 0,0 | + 1,0 | + 0,6 |

Q: WIFO. – ¹⁾ Einschließlich Subventionen und Konsumausgaben des Staates. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Ohne Bezug von Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktservice.

Die Berechnungen unterstellen eine rasche Umsetzung der geplanten Investitionen. Werden sie verzögert realisiert, dann setzt der makroökonomische Impuls später ein.

Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte

Die einkommensentlastenden Maßnahmen der Bundesregierung bewirken laut Simulation mit dem WIFO-Makromodell einen Anstieg der verfügbaren realen Einkommen der privaten Haushalte um 1,6%. Da nur ein Teil der zusätzlichen Einkommen für Konsumausgaben verwendet wird, steigt der private Konsum real um kumuliert 1,1%. Wegen der in der Konsumfunktion implizierten niedrigen kurzfristigen Konsumneigung von 0,34 erhöht sich die Sparquote 2009 um 0,7 Prozentpunkte. Ein Teil des Zuwachses des privaten Konsums wird durch Importe gedeckt. Einschließlich aller zusätzlichen Akzelerator- und Importeffekte steigt das reale BIP 2009 hierdurch um 0,4% und 2010 um weitere 0,2%.

Aufgrund des positiven Nachfrageschocks erhöht sich die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten gegenüber der Basislösung um kumuliert 10.900, die Arbeitslosenquote sinkt um 0,2 Prozentpunkte. Die Pro-Kopf-Löhne steigen im privaten Sektor wei-

terhin mäßig, sodass die Steigerung der Lohnsumme auch in diesem Fall überwiegend auf die Zunahme der Beschäftigung zurückzuführen ist.

Zur Bedeutung der Multiplikatoren

Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen sind besonders groß, weil die Maßnahmen direkt wirken und beschäftigungsintensiv sind (insbesondere im Hochbau). Zudem ist die Importquote der Bauinvestitionen niedrig.

Eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer hat generell einen geringeren Wachstumseffekt als eine Ausweitung der Staatsausgaben, weil nicht direkt die Nachfrage, sondern nur die verfügbaren persönlichen Einkommen angehoben werden. Ähnlich wie in den meisten internationalen und nationalen makroökonomischen Modellen ist der BIP-Multiplikator von Staatsausgaben deshalb im WIFO-Makromodell deutlich höher als jener einer Senkung von direkten Steuern (Übersicht 4). Das BIP steigt nur, wenn das Zusatzeinkommen rasch für inländische Konsumgüter ausgegeben wird. Vollständig kann der Effekt ausgabenseitiger Maßnahmen allerdings nur dann erreicht werden, wenn die Maßnahmen im geplanten Umfang umgesetzt werden.

Die Wirksamkeit der Steuersenkungen zur Stärkung der verfügbaren Einkommen und damit der Kaufkraft hängt maßgeblich von der Konsumneigung der privaten Haushalte ab. Die marginale Konsumneigung gibt an, wie stark sich der Konsum aufgrund einer kleinen Einkommensänderung verändert. Die Konsumneigung wird wiederum erheblich vom gesamtwirtschaftlichen Umfeld bestimmt. Schwache Einkommensentwicklung und erhöhte Unsicherheit können sich in Vorsichtsparen und in weiterer Folge einem Anstieg der Sparquote niederschlagen (z. B. Bartzsch, 2006). Die Unsicherheit über den Wirkungsgrad fiskalpolitischer Maßnahmen, wie er sich in den BIP- und Beschäftigungsmultiplikatoren widerspiegelt, ist aktuell höher als vor der Wirtschaftskrise bzw. als bei "normalem" Konjunkturverlauf.

Zudem unterscheidet sich die Konsumneigung der privaten Haushalte stark nach Einkommensschichten. Haushalte mit niedrigerem Einkommen haben im Durchschnitt eine höhere Konsumneigung bzw. eine geringere Sparneigung als Besserverdienende. Eine Steuersenkung wirkt deshalb umso stärker auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, je stärker sie den unteren Einkommensschichten zugute kommt.

Eine aktuelle Studie der OeNB impliziert etwas höhere kumulierte Multiplikatoren als die vorliegende Arbeit (Köhler-Töglhofer – Reiss, 2009). Für die Staatsausgaben geht die OECD (2009A, S. 138) von etwas niedrigeren Multiplikatoren für Österreich aus als das WIFO-Modell. Die Fiskal-Multiplikatoren im IHS-Modell LIMA (Hofer – Kunst, 2004, Berger et al., 2009) sind etwas niedriger als die anderen in Übersicht 4 angeführten Multiplikatoren.

Übersicht 4: Schätzung der fiskalischen Multiplikatoren für Österreich im Vergleich

| | Staatsausgaben | | Lohn- und Einkommensteuer | |
|------|---|-----------------------|---------------------------|-----------------------|
| | 1. Jahr | 2. Jahr ¹⁾ | 1. Jahr | 2. Jahr ¹⁾ |
| | Effekte einer Änderung um 1% auf das BIP in % | | | |
| OECD | 0,70 | 1,10 | 0,20 | 0,60 |
| OeNB | 0,78 | 1,40 | 0,45 | 0,64 |
| WIFO | 1,19 | 1,31 | 0,40 | 0,56 |
| IHS | 0,96 | 0,98 | 0,29 | 0,41 |

Q: WIFO-Zusammenstellung. – ¹⁾ Kumuliert.

Die Maßnahmenpakete der Bundesregierung enthalten über die oben diskutierte Investitionsoffensive und die Einkommensteuersenkung hinaus folgende Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen und damit eine Stützung der Investitionstätigkeit abzielen:

- Für Wachstumsprojekte österreichischer Unternehmen wurde bei der Austria Wirtschaftsservice (aws) ein Mittelstandsfonds eingerichtet, der für die Jahre 2009 und 2010 mit jeweils 40 Mio. € dotiert ist. Aus diesem Fonds wird Eigenkapital in Form von stillen Beteiligungen für österreichische Unternehmen bereitgestellt.

Unternehmen: Senkung der Finanzierungskosten, Stärkung der Eigenkapitalbasis

- In einer Initiative für kleine und mittlere Unternehmen stellt die Europäische Investitionsbank (EIB) bis 2011 für Europa insgesamt 30 Mrd. € an Finanzierungsmitteln zur Verfügung. Der Europäische Investitionsfonds (EIF) vergibt europaweit 1 Mrd. € als Mezzaninkapital. Österreich beabsichtigt, aus diesen Mitteln bis zu 200 Mio. € pro Jahr für österreichische Kleinunternehmen zu mobilisieren.
- Das reguläre Jahresbudget des ERP-Fonds für zinsbegünstigte Investitionskredite an österreichische Unternehmen beträgt 400 Mio. €. Das Volumen wurde um 200 Mio. € pro Jahr aufgestockt.
- Mit dem Konjunkturpaket I wurde der Haftungsrahmen der aws im Garantiegesetz und im KMU-Fördergesetz ausgeweitet. So übernimmt die aws ab sofort um rund 400 Mio. € pro Jahr mehr an Haftungen.
- Befristet auf zwei Jahre (2009 und 2010) besteht die Möglichkeit der vorzeitigen Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter. Das Volumen (Budgeteffekt) wird auf 250 Mio. € im Jahr 2010 geschätzt. Da die Ermittlung und Versteuerung von Unternehmensgewinnen im Nachhinein erfolgt, werden die Steuereinnahmen im Jahr 2009 noch nicht gemindert.

Der Gesamteffekt der Maßnahmen zur Senkung der Finanzierungskosten und zur Stärkung der Eigenkapitalbasis auf die Anlageinvestitionen beträgt kumuliert +0,3% gegenüber der Basislösung (Übersicht 3). Die Ausrüstungsinvestitionen reagieren stärker als die Bauinvestitionen, weil ein Teil der Maßnahmen auf bewegliche Anlagegüter beschränkt ist.

Um die Effekte von Konjunkturpaketen der wichtigsten Handelspartner auf die österreichische Volkswirtschaft zu quantifizieren, wurde mit dem OEF-Modell der Anstieg der für Österreich relevanten Auslandsnachfrage errechnet. Dabei wurden die steuerlichen Maßnahmen so detailliert berücksichtigt, wie sie die OECD (2009A) ausweist. Alle zusätzlichen Staatsausgaben werden hingegen dem öffentlichen Konsum zugeordnet. Diese Vereinfachung ist zulässig, weil im OEF-Modell die BIP- und Beschäftigungsmultiplikatoren der öffentlichen Investitionen und der Konsumausgaben annähernd gleich sind. Beide Aggregate sind durch einen relativ zu den anderen Nachfragekomponenten niedrigen Importgehalt gekennzeichnet.

Konjunkturimpulse aus dem Ausland

Übersicht 5: Auswirkungen der Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner

| | Anteile an den österreichischen Exporten 2007 in % | Bruttoinlandsprodukt, real | | |
|--------------------------------------|--|--|-------|-------|
| | | 2008 Kumulierte Abweichung von der Basislösung in % | 2009 | 2010 |
| Deutschland | 30,0 | + 0,1 | + 0,9 | + 1,0 |
| Italien | 8,9 | ± 0,0 | ± 0,0 | - 0,3 |
| USA | 5,0 | + 0,6 | + 2,3 | + 3,6 |
| Schweiz | 3,9 | + 0,1 | + 0,5 | + 0,1 |
| Frankreich | 3,6 | ± 0,0 | + 0,2 | - 0,2 |
| Tschechien | 3,6 | ± 0,0 | + 0,8 | + 0,6 |
| Großbritannien | 3,5 | + 0,1 | + 0,4 | - 0,4 |
| Ungarn | 3,5 | ± 0,0 | - 0,5 | - 1,0 |
| Spanien | 2,9 | + 0,8 | + 1,2 | + 0,5 |
| Polen | 2,6 | ± 0,0 | + 0,7 | + 0,3 |
| Japan | 1,0 | ± 0,0 | + 0,8 | + 0,1 |
| Andere Länder | 31,4 | + 0,2 | + 1,0 | + 1,2 |
| Exportmärkte insgesamt ¹⁾ | | + 0,2 | + 0,8 | + 0,8 |

Q: OECD, WIFO. – ¹⁾ BIP-Effekte gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Übersicht 5 zeigt die Auswirkungen der Konjunkturpakete auf das reale BIP der wichtigsten Handelspartner Österreichs und von Japan³⁾. Gewichtet mit den Exportanteilen der einzelnen Länder an Österreichs Gesamtexporten ergibt sich für die Jahre

³⁾ Das Fiskalpaket Japans wurde einbezogen, um den Effekt auf den Euro-Yen-Kurs genauer abzubilden.

2009 und 2010 eine Steigerung der für Österreich relevanten Nachfrage auf den Exportmärkten gegenüber der Basislösung um jeweils 0,8%.

Die Übertragungseffekte auf Österreich wurden mit dem WIFO-Makromodell ermittelt (Übersicht 3). Die Zunahme der Nachfrage im Ausland bewirkt einen kumulierten Anstieg der österreichischen Exporte im Jahr 2010 um 1,8% gegenüber der Basislösung. Die Exportausweitung löst einen Einkommenseffekt aus, der hauptsächlich 2009 die privaten Konsumausgaben und Investitionen zunehmen lässt. Zugleich erhöhen sich die Importe, sodass das reale BIP um 0,8% höher ist als in der Basislösung. Diese Übertragungseffekte stimmen gut mit den Simulationen der OECD (2009A, S. 133) für den Euro-Raum überein: In der Folge eines Fiskalimpulses von 1% des realen BIP in allen Industrieländern rechnet die OECD mit einem Anstieg des realen BIP im Euro-Raum um 0,76%. Davon entfallen 0,24 Prozentpunkte auf die Übertragungseffekte aus dem Ausland.

Übersicht 6 fasst das Volumen sowie die BIP- und Beschäftigungseffekte der Maßnahmen des Bundes und der Länder sowie der Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner zusammen.

Übersicht 6: Gesamtwirtschaftliche Effekte nach Maßnahmengruppen

| | Volumen ¹⁾ | | Abweichungen von der Basislösung ¹⁾ | |
|---|-----------------------|-----------------------|--|--|
| | Mio. € | In % des BIP von 2008 | BIP, real In % | Unselbständig aktiv Beschäftigte Personen |
| <i>Insgesamt</i> | | 4,2 | + 2,1 | 41.500 |
| Maßnahmen von Bund und Ländern | 11.918,4 | 4,2 | + 1,4 | 26.600 |
| Infrastrukturinvestitionen | 1.435 | 0,5 | + 0,3 | 7.200 |
| Senkung der Finanzierungskosten der Unternehmen | 2.080 | 0,7 | + 0,1 | 1.500 |
| Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte | 5.952,5 | 2,1 | + 0,6 | 10.900 |
| Maßnahmen der Länder | 2.080,9 | 0,7 | + 0,4 | 6.900 |
| Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner | | | + 0,8 | 16.400 |

Q: WIFO. – ¹⁾ Kumuliert für die Jahre 2009 und 2010.

Insbesondere die internationalen Organisationen weisen auf die Chance hin, im Rahmen der Konjunkturbelebungsmaßnahmen Zukunftsinvestitionen zu forcieren. So betont etwa die OECD in ihren Arbeiten zur OECD-Innovationsstrategie die Notwendigkeit, die Kurzfristsperspektive (Abfederung des Konjunkturreinbruchs) mit der Langfristsperspektive (Forcierung von wachstums- und beschäftigungsfördernden Zukunftsinvestitionen) zu verbinden (OECD, 2009B). Im Mittelpunkt stehen dabei die Bereiche Infrastruktur, Wissenschaft – Forschung und Entwicklung – Innovation, Bildung sowie grüne Technologien. Dabei umfasst der Bereich Infrastruktur eher traditionell keynesianische, materielle Investitionen. Die anderen Zukunftsinvestitionen enthalten dagegen neben materiellen (etwa Investitionen in die Schieneninfrastruktur) auch immaterielle Investitionen.

Rund 29% der gesamten österreichischen Konjunkturbelebungsmaßnahmen der Jahre 2009 und 2010 können den Zukunftsbereichen zugeordnet werden (1,2% des BIP des Jahres 2008; Übersicht 7). Ein großer Teil davon entfällt mit etwa 22% auf den Bereich Infrastruktur (Investitionen von Asfinag und BIG). Dabei sind die Investitionen der ÖBB nicht unter dieser Kategorie, sondern bei den "grünen" Technologien berücksichtigt; außerdem wird angenommen, dass ein Drittel der Investitionen der BIG in die thermische Sanierung fließt und damit auch den "grünen" Ausgaben zugerechnet werden kann. Letztere machen knapp 5% aller Konjunkturbelebungsmaßnahmen aus (0,2% des BIP von 2008). Die Bereiche Wissenschaft – Forschung und Entwicklung – Innovation sowie Bildung sind im Rahmen der Konjunkturbelebungsmaßnahmen sehr gering dotiert.

Struktur der österreichischen Konjunkturbelebungsmaßnahmen

Übersicht 7: Zukunftsinvestitionen im Rahmen der österreichischen Konjunkturbelebungsmaßnahmen 2009 und 2010

| | Mio. € | In % des BIP von 2008 | Anteile in % Am Gesamtvolumen | An den Zukunftsausgaben |
|---|----------|-----------------------|----------------------------------|-------------------------|
| Infrastruktur | 2.610,30 | 0,97 | 21,9 | 76,1 |
| Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Innovation | 110 | 0,04 | 1 | 3,2 |
| Bildung | 140 | 0,05 | 1,2 | 4,1 |
| "Grüne" Technologien | 568,3 | 0,16 | 4,8 | 16,6 |
| Insgesamt | 3.428,60 | 1,21 | 28,9 | 100,0 |

Q: WIFO.

Übersicht 8: Zukunftsinvestitionen in den Konjunkturbelebungsmaßnahmen ausgewählter OECD-Länder 2009 und 2010

| | Infrastruktur | Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Innovation | Bildung | "Grüne" Technologien | Zukunftsinvestitionen gesamt | Gesamtvolumen der Konjunkturpakete |
|----------------|--|---|------------|----------------------|------------------------------|------------------------------------|
| | In % des BIP | | | | | |
| 11 OECD-Länder | 0,50 | 0,09 | 0,32 | 0,16 | 1,04 | 2,9 |
| Australien | 0,82 | 0,25 | bis zu 1,4 | 0,48 | 2,95 | 4,6 |
| Kanada | 1,27 | 0,05 | 0,12 | 0,18 | 1,62 | 4,1 |
| Finnland | 0,48 | 0,01 | 0,02 | 0,02 | 0,53 | 3,1 |
| Frankreich | 0,24 | 0,00 | 0,04 | 0,00 | 0,28 | 0,7 |
| Deutschland | 0,50 | 0,10 | 0,60 | 0,20 | 1,40 | 3,1 |
| Norwegen | 0,16 | 0,01 | 0,01 | 0,06 | 0,24 | 0,8 |
| Schweden | 0,27 | 0,29 | 0,02 | 0,06 | 0,64 | 3,3 |
| Polen | 0,072 | 0,013 | . | 0,002 | 0,087 | 1,0 |
| Portugal | 0,03 | 0,13 | 0,41 | 0,16 | 0,73 | 0,8 |
| USA | 0,70 | 0,11 | 0,58 | 0,41 | 1,80 | 5,6 |
| Österreich | 0,97 | 0,04 | 0,05 | 0,16 | 1,21 | 4,2 |
| | In % des Gesamtvolumens der Konjunkturpakete | | | | | |
| 11 OECD-Länder | 17 | 4 | 12 | 6 | 38 | |
| Australien | 18 | 5 | 30 | 10 | 64 | |
| Kanada | 31 | 1 | 3 | 4 | 40 | |
| Finnland | 15 | 0 | 1 | 1 | 17 | |
| Frankreich | 34 | 0 | 6 | 0 | 40 | |
| Deutschland | 16 | 3 | 19 | 6 | 45 | |
| Norwegen | 20 | 1 | 1 | 8 | 30 | |
| Schweden | 8 | 9 | 0 | 2 | 19 | |
| Polen | 7 | 1 | - | 0 | 9 | |
| Portugal | 4 | 16 | 51 | 20 | 91 | |
| USA | 13 | 2 | 10 | 7 | 32 | |
| Österreich | 22 | 1 | 1 | 5 | 29 | |
| | In % der Zukunftsinvestitionen | | | | | |
| 11 OECD-Länder | 57 | 11 | 19 | 13 | | |
| Australien | 27 | 8 | 48 | 16 | | |
| Kanada | 79 | 3 | 7 | 11 | | |
| Finnland | 91 | 2 | 3 | 4 | | |
| Frankreich | 86 | 1 | 13 | 0 | | |
| Deutschland | 35 | 4 | 44 | 17 | | |
| Norwegen | 65 | 3 | 5 | 27 | | |
| Schweden | 43 | 45 | 2 | 10 | | |
| Polen | 83 | 15 | - | 2 | | |
| Portugal | 4 | 18 | 56 | 21 | | |
| USA | 39 | 6 | 32 | 23 | | |
| Österreich | 76 | 3 | 4 | 17 | | |

Q: OECD, WIFO.

Im internationalen Vergleich mit 10 ausgewählten OECD-Ländern (Übersicht 8) werden sehr unterschiedlich starke Akzente deutlich. So erreicht der Anteil der Zukunftsinvestitionen an den gesamten Konjunkturpaketen zwischen 9% (Polen) und 91% (Portugal); in Österreich beträgt er knapp 30%, im Durchschnitt der 11 Länder 38%.

Dabei dominieren die eher einer traditionellen Konjunkturpolitik zuzurechnenden Infrastrukturinvestitionen (im Durchschnitt 57% der Zukunftsinvestitionen, 17% der Konjunkturpakete). In Österreich machen die Infrastrukturinvestitionen gut drei Viertel der Zukunftsinvestitionen aus. Investitionen in die Bildung haben einen durchschnittlichen Anteil an den Zukunftsinvestitionen von knapp einem Fünftel (12% der Konjunkturpakete), in Österreich von 4%. Ausgaben für "grüne" Technologien bzw. für Wissenschaft – Forschung und Entwicklung – Innovation spielen mit 13% bzw. 11% an den Zukunftsinvestitionen (6% bzw. 4% der Konjunkturpakete) im Durchschnitt der 11 Länder eine geringe Rolle, ebenso in Österreich (Investitionen in "grüne" Technologien 17%, Wissenschaft – Forschung und Entwicklung – Innovation 3% der Zukunftsinvestitionen).

Modellberechnungen zeigen, dass der konjunkturbedingte Einbruch in Österreich in den Jahren 2009 und 2010 durch die hier untersuchten Konjunkturbelebungsmaßnahmen kumuliert um 2,1% des realen BIP gedämpft wird. Knapp die Hälfte dieses Impulses entsteht durch die auf der Bundesebene implementierten Konjunkturpakete I und II und die Steuerreform, 0,4 Prozentpunkte durch die Maßnahmen der Bundesländer. 0,8 Prozentpunkte sind auf die Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner Österreichs zurückzuführen. Der gesamte Impuls sichert 41.500 Arbeitsplätze und dämpft den Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,7 Prozentpunkte (jeweils gegenüber der Basislösung ohne öffentliche Maßnahmen). Die Inflation beschleunigt sich mäßig. Gemäß den Modellsimulationen wird sich zudem 2010 der Finanzierungssaldo des Bundes um 0,5% des BIP verschlechtern.

Die Infrastrukturinvestitionen auf Bundesebene erhöhen das BIP um 0,3% und die Beschäftigtenzahl im Jahr 2010 kumuliert um 7.200; die Maßnahmen zur Verringerung der Finanzierungskosten der Unternehmen steigern das BIP um 0,1% und die Beschäftigung 2010 kumuliert um 1.500 Personen.

Diese Ex-ante-Simulationsergebnisse beruhen auf der Annahme der vollständigen Umsetzung der beschlossenen fiskalpolitischen Maßnahmen im jeweils für die Jahre 2009 und 2010 geplanten Umfang. Darüber hinaus haben einige Maßnahmen der Konjunkturpakete – wie die Einführung des verpflichtenden und kostenlosen letzten Kindergartenjahres – direkte Beschäftigungseffekte, die mit den verwendeten Modellen nicht abgebildet werden können. Da die direkten Beschäftigungseffekte einzelner Maßnahmen und jene der aktiven Beschäftigungspolitik im WIFO-Makromodell nicht erfasst sind, bilden die vorliegenden Berechnungen eine Untergrenze der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekte der Konjunkturprogramme. Eine präzisere Erfassung der Arbeitsmarktwirkungen dieser Maßnahmen bedarf einer detaillierteren Untersuchung.

In den österreichischen Konjunkturbelebungsmaßnahmen wurde die Kurzfristperspektive ansatzweise mit der Langfristperspektive verbunden. Zwar wurden erste Schritte, jedoch keine tiefgreifenden strukturellen Weichenstellungen in Richtung Zukunftsinvestitionen unternommen. Innerhalb der Konjunkturpakete fließt nur ein geringer Teil der Ausgaben in Zukunftsbereiche, wobei traditionell-keynesianische Infrastrukturausgaben dominieren; Zusatzausgaben in den Bereichen Forschung und Bildung spielen kaum eine Rolle. Die seit Herbst 2008 implementierten Konjunkturpakete sollten daher als Basis für eine (Neu-)Ausrichtung der Finanzpolitik dienen, die im Rahmen eines langfristigen Pfades eine weitere Verstärkung der Zukunftsinvestitionen verfolgt.

Bartzsch, N., "Precautionary Saving and Income Uncertainty in Germany – New Evidence from Microdata", Deutsche Bundesbank, Discussion Paper, 2006, (44).

Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniowski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in Oesterreichische Nationalbank, "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Workshop Proceedings of OeNB Workshops, 2004, 5(12-13), S. 61-86.

Berger, J., Hanappi, T., Hofer, H., Müllbacher, S., Schuh, U., Schwarzbauer, W., Strohner, L., Weyerstraß, K., Konjunkturbelebende Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung und der Bundesländer: Abschätzung der volkswirtschaftlichen Effekte, Institut für Höhere Studien, Wien, 2009.

Breuss, F., Kaniowski, S., Schratzenstaller, M., Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Konjunkturpakete I und II und der Steuerreform 2009, WIFO, Wien, 2009, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36361&typeid=8&display_mode=2.

Schlussbemerkung

Literaturhinweise

- European Commission, Public Finances in EMU 2009, Brüssel, 2009.
- Hofer, H., Kunst, R., "The Macroeconometric Model LIMA", in OeNB, "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Workshop Proceedings of OeNB Workshops, 2004, 5(12-13), S. 87-116.
- IMF, The State of Public Finances: Outlook and Medium-Term Policies After the 2008 Crisis, Washington, D.C., 2009.
- Köhler-Töglhofer, W., Reiss, L., "Die Effektivität fiskalischer Wachstums- und Konjunkturbelebungsmaßnahmen in Krisenzeiten", Geldpolitik und Wirtschaft, 2009, (1), S. 83-106.
- OECD (2009A), Fiscal Packages Across OECD Countries: Overview and Country Details, Paris, 2009.
- OECD (2009B), Policy Responses to the Economic Crisis: Investing in Innovation for Long-term Growth, Paris, 2009.
- OEF, The Oxford World Macroeconomic Model: An Overview, Oxford Economic Forecasting, Oxford, 2005.
- Saha, D., von Weizsäcker, J., "Estimating the Size of the European Stimulus Packages for 2009 – An Update", Bruegel Policy Contribution, Brüssel, 2009, (2).
- Schatzenstaller, M., "Steuerreform 2009/10", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(9), S. 687-702, http://www.wifo.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=36768&display_mode=2.

Macroeconomic Effects of the Economic Stimulus Measures – Summary

The recent financial crisis has caused a serious economic recession in Austria. In an internationally-coordinated effort to counter the economic slump, the Austrian government enacted extensive fiscal packages as well as measures aimed at stabilisation of the banking sector. The fiscal packages are now gradually being implemented and shall develop their full effect in the years 2009 and 2010.

The fiscal measures comprise the economic stimulus packages I and II and the tax reform, which has been brought forward from 2010 into 2009. The measures broadly fall in the following categories:

- expansion of investment into infrastructure (total amount 2009 and 2010: € 1,435 million),
- reduction of financing costs for businesses (€ 2,080 million),
- increase of private households' disposable income (€ 5,953 million),
- increase of government consumption and subsidies (€ 370 million).

The combined size of both stimulus packages and the tax reform amounts to 3.5 percent of the nominal GDP of 2008 (of which the tax reform: 2.1 percent of the GDP of 2008). Including the measures of the federal states, Austria's public budgets allocate 4.2 percent of the GDP of 2008 to the stabilisation of the economy. This places Austria in the group of countries that set a strong fiscal impulse relative to the size of their economy.

Model simulations suggest that the fiscal packages will reduce the cyclical slump by a total of 2.1 percent of real GDP in 2009 and 2010. Just under half of this impulse results from the stimulus packages implemented at the federal level and the tax reform, 0.4 percentage points can be attributed to the measures of the federal states, while the remaining 0.8 percentage points are due to stimulus packages of Austria's 10 main trading partners. This impulse secures the employment of 23,500 persons in 2009 and 41,500 persons, cumulatively, in 2010 and slows the increase of the unemployment rate by 0.7 percentage points in 2010. Inflation accelerates moderately from a very low level.

One of the big challenges of this crisis consists in implementing those measures that bring the economy closer to a sustainable growth path in the long run. On the public expenditure side this applies particularly to investment in green technologies and infrastructure, innovation and education. Compared to a group of 11 OECD countries, in which the share of such investment in the stimulus packages reaches 38 percent, this share is slightly below 30 percent in Austria. Moreover, Austria's expenditures towards sustainable growth are dominated by infrastructure investment, a category that arguably belongs to the traditional stabilisation policy. In the group of OECD countries, infrastructure investment accounts for more than half of the expenditures towards sustainable growth on average, in Austria its share is 76 percent. Investment into education has an average share of one fifth, in Austria this share is only 4 percent. Expenditures on green technologies, science and R&D play, with the average shares of 13 percent and 11 percent, a relatively minor part. This also applies to Austria, where they comprise 17 percent and 3 percent, respectively.